

Bericht des Gemeinderats

Postulat Luzius Theiler (GBP) vom 27. November 2008: Massnahmen der Stadt gegen den Abbau des Briefkastenangebotes (08.000398)

In Ergänzung zur gleichzeitig eingereichten Interpellation „Was unternimmt der Gemeinderat gegen den massiven Abbau des Briefkastenangebotes in der Stadt Bern?“ wird der Gemeinderat ersucht:

- Bei der Post und beim Bundesrat als vorgesetzte Behörde der Post gegen den im Gange befindlichen Abbau des Briefkastenangebotes zu intervenieren
- Klar zu definieren, welches Gremium für die Zusammenarbeit mit der Post, bzw. für die Beurteilung von vorgeschlagenen Massnahmen der Post, zuständig ist
- Regelmässig, mindestens jedoch im Jahresbericht, über die Entscheide dieses Gremiums zu informieren
- Als UNESCO Welterbe-Stadt bei der Post die Entwicklung eines in Farbe, Gestaltung und Massen denkmalverträglichen Briefkastenmodells für die Innenstadt zu verlangen

Bern, 27. November 2008

Postulat Luzius Theiler (GPB), Rolf Zbinden, Lea Bill, Anne Wegmüller, Ernst Stauffer, Robert Meyer, Dieter Beyeler

Bericht des Gemeinderats

Mit dem schweizweiten Optimierungsprojekt des Briefkastenangebots reagierte die Post auf das veränderte Verhalten ihrer Kundinnen und Kunden. Der Gemeinderat bedauert den Abbau des Leistungsangebots. Andererseits darf der Post attestiert werden, dass sie bei der Umsetzung des Projekts umsichtig vorging. Das Vorhaben wurde in drei Etappen in den Jahren 2007 bis 2009 schrittweise realisiert. Heute gibt es auf Stadtgebiet noch 247 gelbe Briefkästen der Post, rund 50 Kästen weniger als vor dem Optimierungsprojekt. Das Ziel, dass die Kundinnen und Kunden maximal einen fünfminütigen Fussmarsch oder maximal 200 m Distanz zurücklegen müssen, konnte in Bern erreicht werden. Damit wird in Bern der gleiche Standard realisiert wie in anderen Schweizer Städten. Insgesamt betrachtet der Gemeinderat das neue Konzept als stadtverträglich.

Abgesehen von einigen wenigen negativen Reaktionen während der Umstellungsphase, wird das neue Briefkastenangebot in der Stadt Bern akzeptiert. Auch nach einem Jahr seit der vollständigen Umstellung Ende 2009 gingen weder bei der Stadtverwaltung noch beim Ombudsmann irgendwelche Klagen von Einwohnerinnen und Einwohnern oder Gewerbetreibenden ein. Daraus schliesst der Gemeinderat, dass das neue Briefkasten-Netz den Bedürfnissen der Stadt angepasst ist.

Im September 2010 wurde die eidgenössische Volksinitiative „Für eine starke Post“ eingereicht. Die Initiative verlangt unter anderem „einen leichten und raschen Zugang zu allen Leistungen eines zukunftsorientierten Universaldiensts“. Der Gemeinderat wird sich bei der Behandlung der Initiative im Rahmen seiner Mitsprachemöglichkeiten selbstverständlich für eine starke Post im Dienste der Bevölkerung einsetzen.

Zu Punkt 1:

Da der Gemeinderat das neue Briefkasten-Netz insgesamt als vernünftig, von der Bevölkerung getragen und mit andern Städten vergleichbar beurteilt, sieht er keine Veranlassung, auf Bundesebene zu intervenieren. Als Resultat eines Gesprächs zwischen dem damaligen CEO der Post und dem Stadtpräsidenten wurden die Leerungszeiten der Briefkästen erheblich verbessert.

Zu Punkt 2 und 3:

Die Post bemüht sich immer, wichtige Unternehmensentscheide zeitgerecht und transparent zu kommunizieren. Ansprechstellen sind entweder der Gemeinderat oder der Stadtpräsident. Dieser Kommunikationsweg klappt in der Regel sehr gut. Die Bildung eines speziellen Gremiums innerhalb der Stadtverwaltung ist nicht verhältnismässig.

Zu Punkt 4:

Die Denkmalpflege der Stadt war bereit, zusammen mit der Post einen altstadtverträglichen Briefkastentyp zu entwickeln. Die Post zog es indessen vor, die kritischen Standorte in der Altstadt aufzuheben oder zu verschieben. Die heutige Lösung ist praktikabel. Die Entwicklung eines spezifischen „Berner-Altstadt-Briefeinwurfs“ ist somit obsolet.

Bern, 22. Dezember 2010

Der Gemeinderat